

Beschlussfassung Haushaltssatzung der Gemeinde Althengstett für das Jahr 2021

Rainer Kömpf, UWV (es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Frau Schmidt,
Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Götz,
Sehr geehrte Mitarbeiter der Verwaltung
Liebe Kolleginnen und Kollegen des GR

Ich habe mir meine Haushaltsrede vom letzten Jahr nochmal angesehen und habe kurz darüber nachgedacht, sie zu kopieren und heute Abend mit geändertem Datum und zwei drei anderen Parametern grad nochmal vorzutragen.

Meines Erachtens hat das im letzten Jahr Gesagte mehr denn je seine Gültigkeit und leider überhaupt nichts an Aktualität verloren.

War für uns letztes Jahr im Mai die Corona-Pandemie zwar schon präsent und bestimmend in unserem Leben, so gingen wir doch damals glaube ich Alle davon aus, dass wir das ein Jahr später im Griff haben werden und der Spuk vorüber sein wird.

Heute stehen wir an einem Punkt, an dem wir feststellen müssen, dass die Auswirkungen eher noch schlechter und die Pandemie selber, trotz aller Maßnahmen und gewonnener Erkenntnisse, noch weniger unter Kontrolle ist als damals.

Seit letztem Jahr ist unsere Haushaltsplanung auf das NKHR umgestellt. Insbesondere soll durch diese Art der Rechnungsführung deutlich gemacht werden, ob die Kommune auf Kosten ihres Vermögens wirtschaftet und damit über ihren Verhältnisse lebt. Wenn dies dauerhaft geschieht, kann letztlich kein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden und sie lebt von ihrer Substanz.

Zentraler Bestandteil dies festzustellen ist die Vermögensrechnung bzw. Bilanz.

Wie wir wissen, liegt die Eröffnungsbilanz zum Stichtag 01.01.2020 noch nicht vor, da der Umstellungsprozess vom kameralen Haushalt hin zum NKHR für die Verwaltung noch nicht abgeschlossen werden konnte.

Eine aktuelle Gegenüberstellung von Vermögen und Schulden bzw. Eigenkapital kann somit derzeit noch nicht dargestellt werden.

Ohne jetzt näher auf die von Frau Schmidt vorgetragene Zahlen im Einzelnen eingehen zu wollen, bleibt der Tatsache ins Auge zu sehen, dass wir von einer angespannten gesamtfinauzwirtschaftlichen Situation auszugehen haben.

Wie aus unseren öffentlichen Vorberatungen im Januar und im März zum Finanzhaushalt sowie zum Ergebnishaushalt bekannt ist, steht der diesjährige Plan unter den sehr ungünstigen Vorzeichen von Einnahmerückgängen (z. B. Gewerbesteuer, bei den Schlüsselzuweisungen, sowie dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer) bei gleichzeitiger Umlagensteigerung und unvorhergesehen Ausgaben.

Daneben, auf der Investitionsseite, haben wir große Projekte angestoßen, die es unter diesen widrigen Umständen zu stemmen gilt.

Beispielhaft sei hier erwähnt, unser neuer Kindergarten, das neue Wohngebiet in Neuhengstett mit allen Begleiterscheinungen, das Waldenserensemble sowie jetzt im Werden, das Baugebiet Wasenäcker in Ottenbronn und nicht zu vergessen, alle Maßnahmen im Zusammenhang mit der Hesse-Bahn.

Wir sind gemeinsam bei den Vorberatungen die einzelnen Haushaltspositionen auf der Suche nach Einsparpotential, sowohl bei den Ausgaben als auch bei den Einnahmen, miteinander durchgegangen und haben dabei feststellen müssen, dass wenn wir uns an die vielen kleinen Posten machen, das uns nicht wirklich weiter bringt.

Deshalb werden wir vermutlich nicht umhin kommen an der einen oder anderen Stelle auch bei größeren Maßnahmen streichen oder schieben zu müssen um zu merkbaren Veränderungen zu kommen.

Dementsprechend setzen wir glaube ich Alle schon einige Hoffnung in die Haushaltskonsolidierungskommission die wir heute Abend eingesetzt haben.

Beliebt, aber in meinen Augen leider manchmal zu populistisch ist der Ansatz, bei die Personalkosten zu reduzieren. Dies würde im Klartext Stellenstreichung bedeuten und nicht Stellenschaffung wie wir es (auch heute Abend) gemacht haben. Hinzu kommt, dass qualifizierte Kräfte in allen Bereichen auch zu Recht eine adäquate Bezahlung einfordern dürfen. In Zeiten des Fachkräftemangels sowie der immer stärker werdenden Konkurrenz mit der freien Wirtschaft um geeignete Mitarbeiter gilt dies umso mehr.

Um die von Allen gewünschten hohen Standards der Leistungen eine Gemeinde halten zu können, bedarf es eben motivierter und nicht überlasteter Mitarbeiter um als Verwaltung schlagkräftig zu sein und bleiben zu können.

Der Blick auf früher gilt hier meines Erachtens nur bedingt. Mit den globalen Änderungen (auch hier wieder u.a. Corona) die bis auf das letzte Glied in der Kette, nämlich die Kommune durchschlagen, ändert sich neben den Anforderungen eben auch die Gesetzeslage ob es einem gefällt oder nicht.

Spezialisierung und explizites Fachwissen ist gefragt. Als weitere Beispiele möchte ich noch die Integration sowie das Klima ansprechen.

Ansonsten halte ich bei allen Überlegungen wie wir sparen können, aber auch die Einnahmeseite verbessern können, unseren Ansatz für richtig, in diesem Jahr die Gebühren bzw. Steuern nicht zu erhöhen. Viele haben neben den Corona-Folgen im privaten und zwischenmenschlichen, insbesondere eben auch wirtschaftlich zu leiden. Hier sei nur an unsere Gewerbetreibenden und die Dienstleister erinnert, die geschlossen halten müssen; aber auch die vielen Privaten die mit Kurzarbeit, Homeoffice oder Homeschooling zu kämpfen haben. Dies kann und wird aber kein Versprechen auf Dauer sein. Eher früher wie später werden wir um Überlegungen zu Gebührenerhöhungen nicht umhin kommen.

Als ebenso essentiell erachte ich die Förderung der Jugendarbeit unserer Vereine, die ihre Tätigkeit und ihrem Vereinsleben jetzt schon seit über einem Jahr nicht mehr vollumfänglich nachkommen können. Weil wir wissen, was Vereine gesamtgesellschaftlich für einen Wert in einer Gemeinde darstellen, dürfen wir es in keinem Fall zulassen, dass deswegen hier Vereine eventuell von der Bildfläche verschwinden könnten.

Ich denke, bei aller Vorsicht und Gewissenhaftigkeit unserer Verwaltung und wenn wir beachten, dass alle größeren Ausgaben unter Vorbehalt der Gremien gestellt werden, brauchen wir nicht mit übergroßem Pessimismus, sondern können zuversichtlich aber mit der nötigen Wachsamkeit in das laufende Haushaltsjahr gehen.